



Dr. Wolfgang Maier ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT IM JAHR 2030

Wolfgang Maier

Im antiken Athen bemühte man das Orakel von Delphi, um in die Zukunft zu schauen, im Mittelalter hatte die Wahrsagerei Konjunktur. Heute lassen wir uns von Institutionen beraten, die mit wissenschaftlichen Methoden Entwicklungen und Trends aufspüren, analysieren und prognostizieren. Das ist das Geschäft einer Vielzahl politikberatender Institute und Think-Tanks. Auch die Untersuchung und Bewertung erreichter Ziele und Wirkungen entwicklungspolitischer Programme und Projekte ist ein Geschäft. Auch hierbei werden Antworten auf die Frage nach dem besten Weg, nach der Effektivität und der Effizienz gesucht. Dafür steht uns heute ein ausgefeiltes Instrumentarium zur Verfügung, es gelten weltweit anerkannte Standards, kaum ein Projekt entkommt heute noch einer Evaluierung. Die daraus entwickelten Vorschläge für die weitere Projektarbeit haben dann meist eine kurz- bis mittelfristige Perspektive.

Bei der Evaluierung von Programmen und Projekten wie auch bei einem Blick auf die Leistungen der Entwicklungspolitik insgesamt überwiegt ein retrospektives Element, was nach über 60 Jahren entwicklungspolitischer Bemühungen derzeit auch kein Wunder ist. Der Blick zurück ist nicht unbedingt schmeichelhaft, wenngleich es schwer fällt, sich eine Vergleichswelt ohne jede Entwicklungszusammenarbeit vorzustellen. So beginnen die Entwicklungspolitiker inzwischen damit, ihren Blick etwas fester auf die Zukunft zu richten.

Es gibt heute eine ganze Reihe von Beiträgen, die sich mit zukünftigen Herausforderungen für die Entwicklungspolitik beschäftigen¹ – manche beschreiben eine mittelfristige Perspektive, schreiben überschaubare Entwicklungen fort und kommen so zu nachvollziehbaren Folgerungen. Andere beschreiben eine Welt „jenseits der Hilfe“ und liefern reichlich Diskussionsstoff. Manche Beiträge stellen die Sinnhaftigkeit einer isoliert betrachteten Entwicklungspolitik überhaupt in Frage – angesichts globaler Verschränkungen mache diese überhaupt keinen Sinn mehr. Die Diskussion zur Zukunft dieses Politikfelds ist damit jedenfalls eröffnet.

Das bisher überwiegend nord-westlich geprägte, traditionelle Verständnis von Entwicklungshilfe, von Entwicklungszusammenarbeit und von Entwicklungspolitik hat sich in den vergangenen Entwicklungsdekaden bereits verändert. „Vernetztes Denken“ hat längst auch in der Entwicklungspolitik Einzug gehalten und wir wissen, dass die alten Beziehungs- und Deutungsmuster (Nord und Süd, Geber und Nehmer...), dass einfache Ursache-Wirkungs-Annahmen ihre Bedeutung verloren haben. Seit einigen Jahren spüren wir auch, dass wir es heute mit Veränderungen zu tun haben, die das Maß der vorhersehbaren, quasi regelmäßigen Veränderung übersteigen. Wir sehen die zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten im Zeitalter der Globalisierung, wir sehen die zunehmende Dynamik vieler Prozesse und wir erkennen, dass das alles nicht ohne Auswirkungen auch auf uns bleiben kann. Spätestens die Entwicklung auf den Finanzmärkten dürfte diese Erkenntnis hinreichend befördert haben.

Wir sehen die zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten im Zeitalter der Globalisierung und die zunehmende Dynamik vieler Prozesse. Wir erkennen, dass das alles nicht ohne Auswirkungen auch auf uns bleiben kann.

Längst sind wir, die alten Geber, nicht mehr die einzigen Akteure auf der entwicklungspolitischen Bühne, neue „Stakeholder“ sind hinzugekommen, und schon heute ist Entwicklungspolitik ohne Einbeziehung von umwelt-, klima-,

1 | Z.B. Michael Bohnet, „Überlegungen zur Zukunft der Entwicklungspolitik“, in: Reinhold E. Thiel (Hrsg.), *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*, Bonn, 2001; in verschiedenen Beiträgen Dirk Messner, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); Heiner Janus, Stephan Klingebiel und Sebastian Paulo, *Beyond Aid. Konzeptionelle Überlegungen zum Wandel der Entwicklungszusammenarbeit*, Discussion Paper, DIE, Bonn, Nr. 18, 2013, http://die-gdi.de/uploads/media/DP_18.2013.pdf [19.02.2014].

energie- und außen- sowie sicherheitspolitischen Elementen nicht mehr denkbar. Neue Herausforderungen, neue Risiken sind entstanden, die ein entwicklungspolitisches „einfach weiter so“ nicht mehr realistisch erscheinen lassen.

Projektionen und Prognosen gibt es zuhauf, eine Google-Suche nach „Megatrends“ genügt. Interessant und lesenswert ist in diesem Zusammenhang etwa eine Prognose des Overseas Development Institutes² zur Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2025. Erwähnenswert (und hier beispielhaft angeführt) ist schließlich der Report des National Intelligence Councils *Global Trends 2030: Alternative Worlds*.³ Wie könnten sich die dort angerissenen Trends auf das Politikfeld Entwicklungspolitik im Jahr 2030 auswirken?

Konfuzius bemerkte schon vor 2.500 Jahren: „Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.“

Dieser Beitrag stellt eine Sammlung von Annahmen dar, die weder vollständig noch überprüfbar sind. Das sind Aussagen über die Zukunft ohnehin nicht, andererseits

bemerkte schon Konfuzius vor 2.500 Jahren: „Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.“ Von ihm stammt allerdings auch der Ausspruch: „Wer alles glaubt, was er liest, sollte besser aufhören zu lesen.“

IN THE YEAR 2030: „... SO VERY FAR AWAY: MAYBE IT'S ONLY YESTERDAY...“⁴

Im Jahr 2030 wird die Bevölkerung aller europäischen Gesellschaften eine andere sein: Die Jugend der Welt wird sich sehr viel stärker als heute schon in anderen Regionen und dort überwiegend in urbanen Zentren ballen, die Weltbevölkerung insgesamt wird zunehmen (von heute 7,2 auf etwa 8,4 Milliarden), auch eine starke Zunahme der Mittelklasse wird erwartet: Die relative und die absolute Zahl der

2 | Homi Kharas und Andrew Rogerson, *Horizon 2025: creative destruction in the aid industry*, Overseas Development Institute (ODI), 2012, <http://odi.org.uk/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/7723.pdf> [19.02.2013].

3 | *Global Trends 2030: Alternative Worlds*, National Intelligence Council (NIC), http://www.dni.gov/files/documents/Global_Trends_2030.pdf [19.02.2014].

4 | Aus dem Songtext „In the year 2525“ von Zager & Evans, einem Folk-Rock-Duo aus Nebraska, 1969.

Armen wird zurückgegangen sein. Wir, die Europäer, werden vor diesem Hintergrund dann noch etwas „unbedeutender“ geworden sein. Im Report des NIC werden unter anderem folgende Trends und Szenarien aufgezählt:

Abb. 1

Prognose „Globale Trends 2030“

Megatrends

Stärkung des Individuums	Die Stärkung des Individuums wird sich aufgrund sinkender Armut, des Anwachsens der globalen Mittelklasse, stärkerer Bildungsteilhabe, weit verbreiteter Nutzung neuer Kommunikationsformen und Produktionstechnologien sowie Fortschritten in der Gesundheitsversorgung beschleunigen.
Zergliederung von Macht	Es wird keine Hegemonialmacht geben. In einer multipolaren Welt wird sich die Macht zu Netzwerken und Zusammenschlüssen hin verschieben.
Demografische Muster	Der demografische Bogen der Instabilität wird schmaler. In den „alternden“ Ländern könnte sich das wirtschaftliche Wachstum abschwächen. Sechzig Prozent der Weltbevölkerung werden in Ballungsräumen leben, und die Migration wird zunehmen.
Zusammenspiel von Nahrung, Wasser und Energie	Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung wird der Bedarf an diesen Ressourcen beträchtlich ansteigen. Probleme im Zusammenhang mit einer Ressource betreffen hinsichtlich Bedarf und Bereitstellung auch die anderen.

Veränderungsfaktoren

Krisenanfällige Weltwirtschaft	Werden globale Unbeständigkeit und Ungleichgewichte unter den Akteuren mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen zu einem Zusammenbruch führen? Oder wird eine zunehmende Multipolarität eine höhere Krisenfestigkeit der Weltwirtschaftsordnung herbeiführen?
Führungsschwäche	Werden Regierungen und Institutionen schnell genug auf Veränderungen reagieren können, um diese zu nutzen anstatt von ihnen überwältigt zu werden?
Potenzial für verstärkte Konflikte	Werden rasche Veränderungen und Verschiebungen von Macht zu mehr innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Streitigkeiten führen?
Größere Ausbreitung regionaler Instabilität	Wird regionale Instabilität, vor allem im Nahen und Mittleren Osten und Südasien, überschwappen und zu globaler Unsicherheit führen?
Auswirkungen neuer Technologien	Werden technologische Durchbrüche rechtzeitig erzielt werden, um die wirtschaftliche Produktivität zu steigern und die von einer wachsenden Weltbevölkerung, rascher Verstädterung und dem Klimawandel verursachten Probleme zu lösen?

Mögliche Szenarien

„Antriebsschaden“	Im plausibelsten Worst-Case-Szenario nehmen die Risiken von zwischenstaatlichen Konflikten zu. Die USA schotten sich ab und der Globalisierungsmotor kommt zum Stillstand.
Zusammenschluss	Im plausibelsten Best-Case-Szenario werden China und die USA in vielen Fragen zusammenarbeiten und eine breitere globale Kooperation befördern.
Büchse der Pandora	Mit dem rasanten Aufstieg einiger Länder und dem Scheitern anderer werden Ungleichheiten enorm zunehmen. Ungleichheiten innerhalb der Länder verstärken soziale Spannungen. Ohne sich vollständig zurückzuziehen, werden die USA gleichwohl nicht mehr der „Welt-polizist“ sein.
Nicht-staatliche Akteure	Angetrieben durch neuartige Technologien werden nicht-staatliche Akteure die Federführung im Kampf mit globalen Problemen übernehmen.

Quelle: NIC, Fn. 3.

Das alles wird schon länger auch unter strategischen Gesichtspunkten diskutiert, und es gibt in einigen Politik- und Forschungsbereichen, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik oder in der Demografieforschung, dazu längst eine umfangreiche Literatur. Wenig ausgeprägt ist ein längerfristiges, strategisches Denken dagegen in der Entwicklungspolitik. Wird es denn 2030 überhaupt noch eine Entwicklungspolitik geben? Wer wird eigentlich wen entwickeln, was wird Entwicklung dann (für wen) bedeuten, welche Rolle wird die Entwicklungspolitik dann überhaupt noch spielen, was können wir aus derartigen Zukunftsprognosen für unser heutiges Handeln ableiten?

Dass viele der Aussagen und der Antworten auf diese Fragen in diesem Text vage wirken werden, ist zunächst dem Gegenstand und dann der hier gewählten Zeitperspektive geschuldet. Das Jahr 2030 wurde deshalb als Bezugspunkt gewählt, weil es weit genug in der Zukunft zu liegen scheint und damit der Reichweite kurzer und mittelfristiger Konzeptionen entzogen ist – andererseits erinnern wir uns alle noch an die Zeit des Mauerfalls (der schon über 20 Jahre zurückliegt): *Maybe it's only yesterday...?*

ENTWICKLUNG 2030 IST... POLITIK

Die Entwicklungspolitik wird im Jahr 2030 einen anderen Inhalt haben als heute. So wird man unter „Entwicklung“ zunächst die Summe all jener Prozesse verstehen, durch

die innerhalb einer Gesellschaft die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich des wünschenswerten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels organisiert werden. Die Formulierung von Zielen und die Festlegung von Prioritäten für diesen Wandel geschieht in einem permanenten Dissens, wobei es auf die Art der Organisation desselben ankommt: Letztlich ist Demokratie „technisch“ nichts anderes als das erfolgreiche Management von gesellschaftlichen Dissens-Prozessen mit dem Ziel temporär einvernehmlicher Lösungen, natürlich unter Berücksichtigung entsprechender Werte und Rechte, denen die jeweilige Gesellschaft verpflichtet ist. Ein zweites Standbein von Entwicklung wird der internationale Dialog sein: Die geschilderten innergesellschaftlichen Prozesse werden in hohem Maße in supranationale Prozesse verwoben sein. Drittens werden nicht-staatliche Akteure lokal, regional, national und international eine noch stärkere Rolle spielen als heute.

Entwicklung im Jahr 2030 wird also kein national-staatlich oder bilateral verordnetes Projekt mehr sein. Die *ownership* der Entwicklung ist eine andere geworden: Entwicklung ist 2030 zu einem zentralen Modernisierungsprojekt aller Gesellschaften geworden, unabhängig davon, ob sich diese Gesellschaft nun im Süden oder im Norden befindet. Diese Entscheidungsfindungsprozesse laufen 2030 anders ab als heute, die Diskussion wird anders geführt: dezentraler, digitaler und partizipativer (*e-democracy, e-governance...*). Regieren wird „schwieriger“ geworden sein. Die jahrzehntelange Suche nach Kohärenz wird auch nicht zu einer „Entwicklungspolitik aus einem Guss“ geführt haben: Entwicklung ist per se Vielfalt, Konkurrenz, Versuch und Irrtum. Für die (Entwicklungs-)Politik im Jahr 2030 bedeutet dies, dass sie eine Rolle bei der Moderation der permanenten gesellschaftlichen Dissens-Prozesse spielen wird. Weitere neue Akteure werden auf den Plan getreten sein: Auch die Zivilgesellschaft wird sich verändert und in ihrer Bedeutung weiter zugenommen haben, während die entwicklungspolitische Bedeutung der nationalen Regierungen als Entwicklungs-Zielformulierer tendenziell schwächer geworden sein wird. Allerdings wird es hier weiter Unterschiede zwischen einzelnen Ländern und Regionen geben, manchen Regierungen wird dies besser, manchen schlechter gelingen.

Das „Hilfsmotiv“ und dessen hauptsächlich „technisches“ Instrumentarium vergangener Dekaden spielt allenfalls in Notlagen noch eine Rolle.

2030 sind also die Dekaden der *Entwicklungshilfe* und der *Entwicklungszusammenarbeit* vergessen, es gibt sie nicht mehr, die alten Pole: den Norden und den Süden, die Industrie-, die Schwellen- und die Entwicklungsländer, die Geber und die Nehmer. Das „Hilfsmotiv“ und dessen hauptsächlich „technisches“ Instrumentarium vergangener Dekaden spielt allenfalls in Notlagen noch eine Rolle: Schließlich können die ehemaligen Entwicklungsländer im Jahr 2030 selbst Ingenieure exportieren. Und auch der Hunger ist dann kein Problem der landwirtschaftlichen Produktion mehr, sondern vielmehr ein strukturelles Verteilungsproblem, also in erster Linie ein politisches. Entwicklung ist damit endgültig zu einem politischen Projekt geworden, das über die alten begrifflichen und räumlichen Grenzen hinausgeht.

(ENTWICKLUNGS-)POLITIK BETRIFFT AUCH UNS

Neben neuen Akteuren werden neue Themen hinzugetreten sein, die Sicht auf Entwicklung wird noch umfassender sein: Die Probleme des ehemaligen Nordens und des ehemaligen Südens werden größtenteils dieselben sein, und die Abhängigkeiten der Themenfelder untereinander werden erkannt sein: Energie-Umwelt-Klima-Wirtschaft-Migration, um ein Beispiel herauszugreifen. All dies betrifft in dem Maß, in dem die Grenzen verschwimmen: uns alle. Dies setzt ein systemisches Denken voraus, d.h. ein Denken, das die wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt und bereit ist, jederzeit Veränderung und Auswirkungen auf einen selbst zu akzeptieren.

Diese neue (Entwicklungs-)Politik wird verstanden werden als eine Klammer zwischen den Interessen verschiedener Politikfelder: der Wirtschaftspolitik, der Umwelt-, der Klima- und Energiepolitik, der Außen- und der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik. Selbst die Grenzen zur Innen- und zur Sozialpolitik verschwimmen: Eine zunehmende Zahl von Migranten etwa stellt auch die Sozialsysteme der europäischen Mitgliedstaaten vor Herausforderungen. Damit wird Entwicklungspolitik zu einer neuartigen Kategorie, die ein anderes Denken verlangt. Was in Bulgarien oder in Westafrika passiert, betrifft auch uns. Diese Erkenntnis ist heute noch relativ neu, wird im

Jahr 2030 aber Allgemeingut sein. Entwicklungspolitische Themen dürften dann einen ganz anderen, nämlich größeren, Stellenwert sowohl bei Europa- als auch bei Bundestagswahlen haben als heute.



Ankunft auf Lampedusa: Eine zunehmende Zahl von Migranten stellt die europäischen Mitgliedstaaten vor Herausforderungen. | Quelle: Sara Prestianni, noborder network, flickr ©.

ENTWICKLUNG BEGINNT IM KOPF

So wie die praktische Kopplung der Entwicklungspolitik mit anderen Politikfeldern im Jahr 2030 umgesetzt sein wird, so wird sie dann auch anderen theoretischen Herangehensweisen folgen. Den naiven Glauben an die Erklärbarkeit der Welt mithilfe der Newton'schen Physik, dem Generationen von Entwicklungspolitikern anhängen, wird man 2030 belächeln. Gesellschaften sind eben keine Maschinen, bei denen ein Tropfen Öl den Kolbenfresser verhindert: Ursachen und Wirkungen wird es zwar weiter geben, nur sind die komplexen Zusammenhänge zwischen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Faktoren nicht so einfach abzubilden, wie manche heute – erstaunlicherweise – noch glauben. Hier hat ein verändertes Denken bereits eingesetzt, zum Mainstream wird es aber erst im Jahr 2030 geworden sein.⁵

Dieser Umdenkprozess wird auch in den Partnerländern (früher auch: „Nehmerländern“) erfolgt sein. Sie werden es sich nicht mehr nehmen lassen, die Ziele ihrer Gesellschafts-, Wirtschafts- und Außenpolitik selbst zu definieren – auch der oben beschriebene Einfluss internationaler

5 | Siehe auch bei: Ben Ramalingam, *Aid on the Edge of Chaos*, Oxford, Oxford University Press, 2013, 360 f.

Gremien und Institutionen wird relativ und fall- bzw. länderabhängig sein: Das Selbstbewusstsein der Partnerländer und ihrer Regierungen wird gestiegen sein. Auch das deutet sich schon heute an. Mindestens die Zivilgesellschaft erlebt die Auswirkungen ihres steigenden Selbstbewusstseins schon jetzt in Form einer Welle von NGO-Gesetzen, mit deren Hilfe der Einfluss der Zivilgesellschaft kontrolliert oder koordiniert werden soll – oder beides.

INTERESSEN UND WERTE BLEIBEN DIVERGENT

2030 wird auch die Zeit der *hidden agendas* vorbei sein. Die Vermutung, dass die Geber mit ihren wohlthätigen Projekten versteckte Interessen verfolgen könnten, begleitet die Entwicklungspolitik von Beginn an. Dass die Akteure eigene Interessen verfolgen, ist 2030 nicht mehr verwerflich, und geheim zu halten wäre dies ohnehin nicht mehr. So wie die Interessen, so werden auch die Werte in einem Konkurrenzverhältnis mit anderen Werten stehen. Darüber kann und wird offener gesprochen werden.

Multipolarität wird 2030 ein Charakteristikum der Weltordnung sein, wobei es nicht nur um mehrere machtpolitische Pole gehen wird, sondern ebenso um wirtschafts- oder kulturpolitische.

Das Maß an Transparenz wird zugenommen haben, schon alleine deshalb, weil es andere gesetzliche – und technische – Möglichkeiten geben wird. Das kann freilich bedeuten, dass in manchen Situationen keine gemeinsame

Wertebasis gefunden werden kann und es zu keiner Zusammenarbeit kommt. Multipolarität wird 2030 ein Charakteristikum der Weltordnung sein, wobei es nicht nur um mehrere machtpolitische Pole gehen wird, sondern ebenso um wirtschafts- oder kulturpolitische. Das heißt, dass sich nicht nur Staaten oder Staatenverbände, sondern auch andere (kulturelle, religiöse...) Institutionen an der Suche nach Ideen und Vorstellungen darüber, wie die Welt aussehen sollte, beteiligen werden. Dieser Suchprozess wird durchaus ideologisch geführt werden – und (Entwicklungs-)Politik wird hierbei eine vermittelnde Rolle spielen, ob sie das will oder nicht.

Das westliche Verständnis von Demokratie wird dabei noch stärker in einem verschärften Konkurrenzverhältnis zu anderen Verständnissen stehen. Konkurrenzen können sich aber an allen möglichen anderen Interessensgegensätzen entzünden: an regionalem Vormachtstreben, an religiösen Auseinandersetzungen, am Zugang zu Ressourcen usw.

Eine friedliche Welt wird auch die (Entwicklungs-)Politik nicht herstellen können. Eine großartige Leistung wäre es aber, wenn sie dazu beitragen könnte, die entstehenden Konflikte zu moderieren und weitestgehend geordnet, das heißt gewaltfrei, ablaufen zu lassen.

DIE ZENTRALEN ENTWICKLUNGS-RESSOURCEN 2030: INFORMATION, BILDUNG UND WISSEN

Information ist die grundlegende Voraussetzung für Entscheidungen aller Art – in der Politik, in der Wirtschaft, in allem. Es gibt keine informationsfreien Räume mehr: Informationen aller Art stehen weltweit überall, jederzeit und in „Echtzeit“ für jeden zur Verfügung. Sie werden selektiert und unselektiert angeboten, jeder kann überall Information abrufen – und sie erreicht ihn, auch ungefragt, überall. Damit rücken die Prozesse der Informationsproduktion, der Informationsbewertung und -verarbeitung sowie der Informationsaufnahme in das Blickfeld – sie sind zu einem (auch entwicklungs-)politisch zentralen Thema geworden.



Klassenzimmer in Yangshuo, China: Auch in Zukunft wird Bildung global eine bedeutende Rolle spielen. | Quelle: The Society for Environmental Exploration (Frontier), flickr ©.

Information und Kommunikation sind die Grundlage von Wissen. Mit einem veränderten Informations- und Kommunikationsverhalten werden sich auch die Wissensaufnahme und die Wissensvermittlung verändern: Bildung wird eine entscheidende Rolle spielen, *e-learning* wird zu einem Schlüsselthema für eine immer stärker auf Bildung hin orientierte Entwicklungspolitik werden.

Die mit der zunehmenden Digitalisierung zusammenhängenden Fragen werden auch 2030 noch nicht endgültig beantwortet sein, es werden aber eben auch entscheidende (entwicklungs-)politische Fragen sein:

- Wem gehört der digitale Raum, wie soll er organisiert werden, welches Recht gilt?
- Wie wird die Privatsphäre der Zukunft aussehen, wird es ein Menschenrecht auf informationelle Teilhabe geben? Wie glaubwürdig sind Informationen und wie frei ist die Kommunikation – wird es Zensur im Internet geben? Welche Folgen hat das für die politische Partizipation und den Wettbewerb politischer Ideen? Wird es ein *informational divide* geben („Informationseliten“ und „informationelle Prekariate“)?
- Wird besserer Zugang zu Information/Kommunikation zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen? Und schließlich: Welche Bedrohungen ergeben sich für uns aus dem Internet?

Zunehmen wird das Interesse an Transparenz, die Frage des Umgangs damit wird sich zuspitzen. Neu ist, dass es sich hier um ein weltweites und somit auch (entwicklungs-)politisch relevantes Interesse handelt.

Hier wird erkennbar, dass es einen großen Gesprächs- und Regelungsbedarf auf globaler Ebene geben wird: Auf nationaler Ebene sind diese Fragen nicht mehr zu lösen. Zunehmen wird auch das Interesse an Transparenz, die Frage des Umgangs damit wird sich zuspitzen.

Neu ist, dass es sich hier um ein weltweites und somit auch (entwicklungs-)politisch relevantes Interesse handelt. Es sollte uns aber klar sein, dass dann nicht mehr wir alleine die „Normsetzer“ sein werden: Die dann viel größere Zahl junger „User“ in anderen Ländern und Regionen werden 2030 eine entscheidende Rolle bei der Normsetzung spielen. Die Gestaltungskraft unserer abendländischen Normen wird auch und gerade im digitalen Raum dagegen an Einfluss verlieren.

ZUNEHMENDE BEDEUTUNG INTERNATIONALER INSTITUTIONEN, ABNEHMENDE BEDEUTUNG NATIONALER ENTWICKLUNGSAGENTUREN

Die staatliche, bilaterale Entwicklungspolitik wird im Jahr 2030 nur noch eine Rolle am Rande des internationalen Entwicklungsdialogs spielen, der hauptsächlich zwischen

supranationalen Institutionen abläuft und an dem sich eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen beteiligen. Dieser Prozess wird partizipative Elemente beinhalten, die durch die Entwicklungen bei den digitalen Technologien befördert werden.

Wenn die entwicklungspolitischen Ziele nicht mehr maßgeblich von den großen Geberländern und ihren Durchführungsorganisationen aus dem Norden formuliert werden, geht deren Einfluss zurück. Letztere können zwar noch eine Zeitlang als Auftragnehmer im Einsatz bleiben, sie werden weiter in ganz speziellen Feldern tätig bleiben – ihre Leistungen aber nicht mehr „verschenken“, sondern verkaufen. *In the long run* werden sie aber an Bedeutung verlieren, auch wenn es sie noch eine Zeitlang geben wird.

In dem Maß, in dem sich der Ausbildungsstand, auch durch verbesserte Zugänge zu Information und Wissen, weltweit verbessert, verbessern sich auch die lokalen Kapazitäten – und das Selbstbewusstsein. Damit werden auch die „Experten“ andere werden: Der Entwicklungsexperte aus dem Norden ist verzichtbar geworden, lediglich in einzelnen Bereichen wird es noch einen gewissen Bedarf geben. Lokale Agenturen übernehmen das Geschäftsfeld, und wo es erforderliches Know-how vor Ort nicht gibt, kann man es sich leicht anderweitig beschaffen.

Der Entwicklungsexperte aus dem Norden ist verzichtbar geworden, lediglich in einzelnen Bereichen wird es noch einen gewissen Bedarf geben.

INFORMATION, WISSEN, KAPITAL, MENSCHEN: ALLES FLIESST

So wie Information und Wissen fließen, so fließen auch Finanz- und Kapitalströme. Das Management dieser Flüsse ist längst den Eingriffsmöglichkeiten nationalstaatlicher Institutionen entzogen, hier entsteht ein Bedarf an internationaler Regelung, die 2030 in Kraft sein wird. Eine spannende Herausforderung auch für die (Entwicklungs-)Politik wird es sein, hier an den Entscheidungs- und Kontrollprozessen teilzuhaben. Die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung sind bekanntlich schon heute beinahe unbegrenzt. Auch die Bewegungsmuster von Menschen haben sich geändert. Menschen wandern keinesfalls ziellos, sie folgen rationalen Mustern und sie tun dies selbstbewusst. Entwicklungspolitik wird sich darum kümmern müssen: Sie

wird ihre Ortsgebundenheit aufgeben und „Fluss-Management“ betreiben müssen. Es geht darum, diese Flüsse so zu lenken, dass ökologisch und ökonomisch unverkraftbare Ballungen vermieden werden.

Auch diese Wanderungsbewegungen werden sich durch „Firewalls“ nicht mehr begrenzen lassen. Hier sind Lösungen in Form neuer und innovativer Konzepte erforderlich geworden, die es im Jahr 2030, etwa auf europäisch-afrikanischer Ebene, auch geben wird. Dazu gehört ein neuartiger Einsatz von Instrumenten auf europäischer Ebene, etwa in dem Bereich der Finanzierung einer gesteuerten Migration von Arbeitskräften in Verbindung mit Rücküberweisungen zur Existenzgründung in den Herkunftsländern.

WIRTSCHAFT BLEIBT DREH- UND ANGELPUNKT VON ENTWICKLUNG

Wirtschaftliche Entwicklung wird 2030 weiter ein Schlüsselfaktor jedweder Entwicklung sein. Auch – und gerade – auf Partizipation hin angelegte politische Systeme müssen „liefern“: Hungerrevolten etwa können schon heute mit ganz einfachen Mitteln organisiert werden. Allerdings wird der Ansatz 2030 nicht mehr der einer eher passiven Armutsbekämpfung sein, sondern vielmehr der einer motivierenden und unterstützenden Anregung. Die Auseinandersetzung um den besten Weg wird dabei aktuell bleiben: Findet wirtschaftliche Entwicklung eher in einem marktwirtschaftlichen, sozial-marktwirtschaftlichen oder einem planwirtschaftlich organisierten ordnungspolitischen Rahmen statt? Diese Diskussion wird auch 2030 noch geführt werden, wobei keinesfalls davon ausgegangen werden kann, dass es „das“ Modell, das überall passt, auch tatsächlich gibt.

Unsere ordnungspolitische Verortung in Deutschland ist bekannt, aber auch sie wird – je nach Situation – immer wieder einer Feinjustierung bedürfen. So wird die Soziale Marktwirtschaft 2030 nicht in allen Ländern und Kulturen passen, sondern adaptiert werden müssen. Sie wird allerdings auch bei uns nicht mehr dieselbe sein.

Auf die Potenziale, die in der rapide zunehmenden digitalen Vernetzung vieler Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern liegen, wurde bereits hingewiesen: Information, Kommunikation und vor allem Wissen sind zentrale Ressourcen jeder wirtschaftlichen Entwicklung – vielleicht gerade in Entwicklungsländern. Schon heute sehen wir, welche kreativen Anwendungen die neuen Technologien auch in Afrika finden, in denen viele Bankgeschäfte mit einfachen Handys abgewickelt werden (z.B. M-Pesa in Kenia). Kooperationsvorhaben (z.B. zwischen Mittelständlern aus „dem Norden“ und Unternehmern aus „dem Süden“) werden häufiger vorkommen, bedürfen aber gewisser Regelwerke, zur rechtlichen Absicherung von Investitionen etwa.



Volksfest in Darfur: In Afrika dient das Handy schon heute der Information, der Kommunikation und mobilen Bankgeschäften. | Quelle: Albany Associates, flickr ©©©.

ÜBERSCHAUBARE SOZIALE GRUPPEN WERDEN NEU ENTDECKT

Auch wenn im Zuge der vielbemühnten Globalisierung viele grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten zu Tage treten werden, so wird es doch immer noch Grenzen geben. Lokale und regionale Bezüge werden ihre Bedeutung nicht verlieren. Trotz zunehmender Vernetzung und weiträumiger Kommunikation leben die Menschen nach wie vor in Familien, in Clans, in überschaubaren kulturellen Einheiten. Und daran wird sich 2030 nichts geändert haben, dieses Bild wird angesichts einer steigenden Weltbevölkerung

sogar eher noch bunter werden. Für die Entwicklung bleiben diese kleinsten Zellen weiter interessant: Eine Kultur der Bildung entsteht nicht erst in der Schule – die Grundlage wird in der Familie gelegt. Auch die Formierung von Werten wird sich 2030 nicht im Internet vollziehen, sondern in überschaubaren Gruppen, in der Nähe. Auch in 15 Jahren dürften Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein etwa in räumlicher und sozialer Nähe eher wachsen als in der Anonymität der Netzwelt.

Dass es sich dabei durchaus auch um (entwicklungs-)politische Leistungen handelt, die in der Nachbarschaft erbracht werden, wird 2030 Allgemeingut sein. Dazu gehören dürfte

dann auch, die Notwendigkeit des vernetzten

Auch im Jahr 2030 wird es noch Ängste in unseren Dörfern geben, und den Wunsch, sich „gegen die Anderen“ abzuschotten.

Denkens auf lokaler Ebene zu propagieren: Auch im Jahr 2030 wird es noch Ängste in unseren Dörfern geben, und den Wunsch, sich „gegen die Anderen“ abzuschotten. Ins-

gesamt werden kulturelle Elemente in der (Entwicklungs-)Politik des Jahres 2030 eine wichtigere Rolle spielen als heute: Sie werden durch die Unverbindlichkeit der digitalen Vernetzung keinesfalls weltweit vereinheitlicht oder relativiert.

„IN THE YEAR 2030...“

In den kommenden 15 Jahren wird noch viel passieren, natürlich auch Unvorhersehbares: Nicht erschöpfend eingegangen wurde an dieser Stelle etwa auf das weite Feld technischer Innovationen, von denen wir uns auf der Grundlage unseres bisherigen Wissens noch keine Vorstellung machen können. Dass technische Innovationen (z.B. das Mobiltelefon und das Smartphone) zunehmend weltweit das Informationsverhalten und den Kommunikationsstil (z.B. über soziale Netzwerke) prägen, ist auch erst seit wenigen Jahren zu beobachten und schnell zu einem weltweiten Phänomen geworden. Dass es dadurch gelingt, die Politik direkt zu beeinflussen (z.B. durch *flashmobs*) ist jetzt noch relativ neu, aber keinesfalls das Ende dieser Geschichte.

Wenn es im Jahr 2030 „den Geber“ nicht mehr gibt, dann wird es auch „den Nehmer“ nicht mehr geben. Damit werden sich auch die sozialpsychologischen Befindlichkeiten

der Akteure verändert haben. Die Kommunikation wird weniger vertikal, sondern stärker horizontal, symmetrischer verlaufen: Man wird häufiger und besser miteinander kommunizieren. Was keinesfalls heißen muss, dass man sich besser verstehen wird und dass es dadurch weniger Konflikte geben wird. Genauso könnte das Gegenteil der Fall sein.

Fest steht: Die Entwicklungspolitik wird sich in der kommenden Dekade stärker verändern als in den Dekaden zuvor. Sie wird weniger „Entwicklung“ sein, dafür mehr „Politik“ werden, sie wird breiter aufgestellt und vielschichtiger („komplexer“) werden, sie wird kulturell sensibler werden und sie wird deutlichere strategische Elemente beinhalten – und schließlich: sie wird nicht mehr „von uns gemacht“ werden.